

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Bern, 3. März 2026 / cts
VL_Gewässer_d

Elektronischer Versand: wasser@bafu.admin.ch

Änderung des Gewässerschutzgesetzes zum Schutz des Grundwassers und zur Erhöhung der Reinigungsleistung der Abwasserreinigungsanlagen: Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die FDP begrüsst die vorliegende Revision der Gewässerschutzverordnung im Grundsatz. Es ist gut, dass der Bundesrat bei der Festlegung der Qualitätswerte erstmals eine umfassende Interessenabwägung vornimmt. Der bewusste Verzicht auf die Festsetzung starrer Grenzwerte – insbesondere dort, wo es an risikofreien Alternativen fehlt – ist ein pragmatischer und richtiger Schritt. Die Vorlage rührt an einen fundamentalen Zielkonflikt: den Schutz des Trinkwassers einerseits und die Sicherstellung der einheimischen Lebensmittelproduktion andererseits. Beide Schutzziele sind für die Schweiz von höchster Bedeutung. Um diesen Konflikt zu lösen, fordern wir einen grösseren Handlungsspielraum für die Kantone, damit Massnahmen lokal angepasst und verhältnismässig umgesetzt werden können.

Trotz dieser positiven Aspekte sehen wir bei der konkreten Umsetzung Nachbesserungsbedarf. Ein zentraler Punkt betrifft die Ausscheidung der Zustrombereiche. Diese müssen aus Sicht der FDP zwingend durch die Kantone bezeichnet werden. Nur durch die Wahrung der Subsidiarität und die Berücksichtigung lokaler Gegebenheiten kann eine zielgerichtete Anwendung sichergestellt werden. In diesem Zusammenhang muss auch die vorgeschlagene Methodik kritisch hinterfragt werden.

Bezüglich des Ausbaus der Abwasserreinigungsanlagen (ARA) halten wir fest, dass das Schweizer Modell mit der entsprechenden Abgabe und der Kostenüberwälzung ein vernünftiger und bewährter Weg ist. Es ist deutlich effizienter und verursachergerechter als das komplizierte und wirtschaftsfeindliche Modell, welches derzeit in der EU verfolgt wird. Dennoch muss die Frage erlaubt sein, ob ein flächendeckender Ausbau aller Anlagen zwingend ist. Der physische Anschluss kleinerer ARA an grössere Zentren ist oft mit massiven Kosten verbunden. Wir fordern daher eine stärkere Fokussierung auf den technologischen Fortschritt. Bevor teure bauliche Massnahmen ergriffen werden, müssen kostengünstigere, technologische Lösungen an der Quelle sowie moderne Reinigungsmethoden geprüft und angewendet werden. Massnahmen, die bereits vor dem Erreichen der ARA greifen, sind grundsätzlich vorzuziehen.

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen

Der Co-Präsident



Benjamin Mühleemann
Ständerat

Die Co-Präsidentin



Susanne Vincenz-Stauffacher
Nationalrätin

Der Generalsekretär



Jonas Projer